

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Zukunftsweisendes Konzept für Bremens Grünflächen vorlegen – Kein Personalabbau, keine Reduzierung der Grünanlagen und keine Absenkung der Pflegestandards

Parks, Grünflächen und Baumbestände erhöhen die Lebensqualität einer Stadt – solange sie vernünftig gepflegt werden. Die zuständige Stelle, der Umweltbetrieb Bremen (UBB), wird von der rot-grünen Kürzungspolitik aber zunehmend in eine Situation manövriert, wo dies nicht mehr gewährleistet ist.

Die Kürzungen der vergangenen Jahre gingen zulasten des Grünflächenmanagements. Pflegestandards wurde abgesenkt, einige Flächen drohen buchstäblich zu verwildern. Aufgrund des Personalabbaus der vergangenen Jahre können schon heute Aufgaben nicht mehr sachgerecht wahrgenommen werden. Aktuell musste der Senat eingestehen, dass es bei der gesetzlich vorgeschriebenen Verkehrssicherungspflicht „Engpässe im Vollzug“ gibt (Vorlage für Umweltdeputation am 11. April 2013). Die Verkehrssicherheit ist also nicht mehr gewährleistet, weil abgängige Bäume oder tote Ästen drohen, auf Straßen, Gehwege und Häuser zu stürzen.

Die Belegschaft des Umweltbetriebes leidet unter Arbeitsverdichtung, der Krankenstand ist in einigen Abteilungen mit über 10 % sehr hoch. Überlastungsanzeigen machen deutlich, dass die Beschäftigten angesichts des Personalmangels ihrer Verantwortung nicht mehr gewissenhaft gerecht werden können.

Die Kürzungen sollen weitergehen: Bis 2023 soll jede siebte Stelle beim UBB gestrichen werden (Stellentwicklung Umweltbetrieb Bremen von 2012 bis 2023 vom 6. März 2013). Dem geplanten Abbau von 64 Stellen folgen Qualitätsverschlechterungen für die Ökologie dieser Stadt: Im Gutachten der Unternehmensberatung Ellendt & Herold „Verbesserung der Organisations- und Kostenstruktur Grün. Empfehlungen zur Reorganisation“ vom 18. Januar 2013 werden unter anderem folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Reduzierung der Pflegeaufwendungen;
- Anpassung der Standards, Streichung bzw. Streckung von Maßnahmen etc.;
- Reduzierung der Flächen;
- nicht „betriebsnotwendige“ Flächen identifizieren und aus der Pflege herausnehmen;
- Vergabe von Aufgaben (Privatisierung).

Mit noch weniger Personal sollen noch mehr Aufgaben übernommen werden. Die Gutachter errechnen ein Einsparpotenzial von maximal 7,5 Mio. €, welches mittelfristig realisierbar wäre.

Die Pflege der Grünflächen wird als reine Kostenstelle betrachtet, was ihrer Bedeutung in keiner Weise gerecht wird. Aus ökologischen, gesundheitlichen, sozialen, verkehrstechnischen und touristischen Gründen darf es nicht zu einer weiteren Verschlechterung der Standards im Grünflächenmanagement kommen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. das vorliegende Kürzungskonzept „Verbesserung der Organisations- und Kostenstruktur Grün“ nicht umzusetzen;

2. stattdessen den Umweltbetrieb Bremen in die Lage zu versetzen, dass
- a) die Standards nicht gesenkt und alle Grünflächen als solche erhalten bleiben. Gegebenenfalls frei werdende Kapazitäten auf den Friedhöfen werden in öffentlich nutzbare Grünflächen umgewandelt;
 - b) der Personalabbau gestoppt werden kann und das Personalsoll in Bezug auf die Zuständigkeiten des UBB kritisch überprüft wird. Der Personalrat wird an dieser Überprüfung beteiligt;
 - c) eine stärkere Einbindung des UBB in den Bereich der erneuerbaren Energien und den ökologischen Umbau der Wirtschaft stattfindet, was auch die kommunale Wertschöpfung mit einschließt.

Klaus-Rainer Rupp,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE